

Kernpunkte 12

Dezember 2013 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Kernkraftwerke Leibstadt und Gösgen: keine Urkundenfälschung

Die Staatsanwaltschaften der Kantone Aargau und Solothurn haben die Verfahren wegen angeblicher Bilanzfälschung gegen die Kernkraftwerk Leibstadt AG und die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG eingestellt. Ende 2012 hatten der Trinationale Atomschutzverband (Tras) und Greenpeace Schweiz bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen die beiden Unternehmen sowie gegen unbekannte natürliche Personen eingereicht. Sie warfen den beiden Unternehmen vor, die Bilanzen von 2011 gefälscht zu haben. Die Bundesanwaltschaft überwies die Anzeigen an die zuständigen Staatsanwaltschaften der Kantone Aargau und Solothurn. Beide Staatsanwaltschaften eröffneten daraufhin eine Strafuntersuchung wegen Urkundenfälschung. Nach Abschluss der Ermittlungen kamen sie nun unabhängig voneinander zum Schluss, dass beide Betreiberfirmen korrekt bilanziert haben.

Schweizer Kernkraftwerke: sicherer Einschluss radioaktiver Stoffe

Alle Kernkraftwerke in der Schweiz haben beim Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) Nachweise zum sicheren Einschluss radioaktiver Stoffe auch bei schweren Erdbeben eingereicht. Nach Überprüfung der Dokumente bestätigte das Ensi Ende November 2013, dass bei allen Kernkraftwerken selbst bei einem sehr schweren Erdbeben die Schutzbarrieren erhalten und damit die radioaktiven Stoffe eingeschlossen bleiben. Damit erfüllen sie eine weitere Forderung des EU-Stresstests.

Redaktion: M.-F. Aepli, B. Bechtold, M. Brugger, M. Rey, M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich ISSN 1421-0347 © 2013 by Nuklearforum Schweiz

Ständerat: kein Vetorecht für Standortkantone

Mit 23 zu 17 Stimmen und einer Enthaltung hat sich der Ständerat zum zweiten Mal gegen die Standesinitiative Nidwaldens zur Änderung des Kernenergiegesetzes ausgesprochen. Das Kantonsbegehren verlangte, dass einem Standortkanton oder einer Standortregion kein Tiefenlager für radioaktive Abfälle aufgezwungen werden darf. Der Nationalrat hatte sie im September 2013 angenommen, doch mit dem zweiten Nein des Ständerats ist sie endgültig gescheitert. Der Ständerat lehnte zudem eine ähnliche Standesinitiative des Kantons Schaffhausen ab, die fordert, dass die betroffenen Standortkantone einem Endlager für radioaktive Abfälle zustimmen müssen. Der Nationalrat muss zur Schaffhauser Initiative noch als Zweitrat Beschluss fassen.

Tiefenlager: vierte Planungsstudie zu Oberflächenanlage

In jeder der sechs vorgeschlagenen Standortregionen für geologische Tiefenlager in der Schweiz muss mindestens ein Standortareal für die Oberflächenanlage bezeichnet und dazu eine Planungsstudie erarbeitet werden. Sie beschreibt eine mögliche Anordnung, Ausgestaltung und Erschliessung der Anlage. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) veröffentlichte Anfang Dezember 2013 die Planungsstudie für das Standortgebiet Südranden. Damit liegen nun bereits vier solche Studien vor. Die Nagra hatte im September für die Standortregionen Wellenberg, Jura Ost und Jura-Südfuss ihre Vorschläge vorgestellt. Ausstehend sind die Planungsstudien der zwei noch verbleibenden Standortregionen Nördlich Lägern und Zürich Nordost.

USA: viertes Neubauprojekt in diesem Jahr begonnen

Am 19. November 2013 sind die Bauarbeiten für ein weiteres Kernkraftwerk am Standort Vogtle in den USA aufgenommen worden. Damit stehen an diesem Standort im Bundesstaat Georgia zwei Kernkraftwerke in Bau. Die Anlagen des

Post CH AG

fortgeschrittenen Typs AP1000 sollen nach einer Bauzeit von rund fünf Jahren in Betrieb gehen und je 1100 Megawatt Leistung bereitstellen. Zusammen mit den beiden Neubauprojekten von Virgil C. Summer im Bundesstaat South Carolina, die ebenfalls dieses Jahr begonnen wurden, stehen in den USA nach über 30 Jahren Pause vier neue Kernkraftwerke in Bau. Zudem wird ein Kernkraftwerk, dessen Bau unterbrochen wurde, fertiggestellt.

Pakistan: Spatenstich für neues Kernkraftwerk

Am 26. November 2013 haben die Vorbereitungen zum Bau eines Kernkraftwerks an der Küste des arabischen Meeres begonnen. Pakistan plant an diesem Standort nahe dem bestehenden Kernkraftwerk Karachi mit chinesischer Hilfe zwei neue Kernkraftwerke mit je 1000 Megawatt Leistung zu bauen. Derzeit sind in Pakistan drei Kernkraftwerke in Betrieb: eines in Karachi (125 Megawatt) und zwei in Chashma (je 300 Megawatt). In Chashma werden zudem gegenwärtig zwei weitere Anlagen mit je 315 Megawatt gebaut.

Grossbritannien: Staatsgarantie für weiteres Neubauprojekt

Die britische Regierung hat einer Staatsgarantie für die Finanzierung eines neuen Kernkraftwerks auf der Insel Anglesey im Norden von Wales zugestimmt. Die Einzelheiten sollen bis Ende 2016 mit dem japanischen Partner Hitachi Ltd. ausgehandelt werden. Geplant sind zwei fortgeschrittene Siedewasserreaktoren am Standort Wylfa. Den Baubeginn erwartet die Hitachi für 2018.

Chinesische Gelder für Kernkraftwerke in Rumänien

China plant, in die Fertigstellung der beiden Kernkraftwerke Cernavoda-3 und -4 zu investieren und hat mit Rumänien eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Seit sich 2011 vier europäische Investoren aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Fertigstellungsprojekt zurückgezogen haben, sucht Rumänien neue Geldgeber. Neben China plant auch Südkorea in das Projekt zu investieren. Am Standort Cernavoda sind in den 1980er-Jahren die Fundamente und

Reaktorgebäude für insgesamt fünf Kernkraftwerke errichtet worden. Nach der politischen Wende 1989 wurden die Arbeiten für die Anlagen 2 bis 5 aus finanziellen Gründen eingestellt. Cernavoda-2 wurde inzwischen fertiggestellt. Derzeit stehen in Rumänien Cernavoda-1 und -2 in Betrieb.

Frankreich: ausser Fessenheim keine weiteren Stilllegungen

Die französische Regierung wird keine weiteren Kernkraftwerke stilllegen, nachdem die beiden ältesten, Fessenheim-1 und -2, in drei Jahren vom Netz gehen. Dies bestätigte Industrieminister Arnaud Montebourg. Die Zusicherung widerspricht dem Wahlversprechen von Präsident François Hollande, den Kernenergieanteil an der Stromerzeugung von heute 75% bis 2025 auf 50% verringern zu wollen. Die Kernenergie biete in Form von Energiekosten, «die tiefer sind als anderswo», einen Wettbewerbsvorteil für die französische Industrie, begründete Montebourg den Entscheid und stellte weiter fest: «Die Deutschen, welche die Kernkraft aufgegeben haben, sind nun gezwungen, Kohlekraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Sie sind jetzt die grössten Verschmutzer Europas.»

Iter offiziell in Bau

In den Morgenstunden des 11. Dezembers 2013 wurde im französischen Cadarache der erste Beton für das Fundament des Internationalen Thermonuklearen Experimentalreaktors (Iter) gegossen. Damit ist der Iter offiziell in Bau. Im Fusionsreaktor soll in rund sieben Jahren erstmals Plasma erzeugt werden. Am Projekt sind die sieben Partner der Iter-Organisation beteiligt: China, Euratom (inklusive der Schweiz), Indien, Japan, Russland, Südkorea und die USA. Die Baukosten werden auf knapp 16 Milliarden Franken geschätzt. Der Iter wird die erste Fusionsforschungsanlage dieser Grösse sein.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.